



Stellung innehaben, so besteht doch keine direkte Aussicht, die deutsche Linie zu durchbrechen. Die britische Armee kann ihre Aufgabe nicht eher erfüllen, als bis sie nicht eine größere Zufuhr von schweren Geschützen und Maschinengewehren erhält, was wochenlang dauern wird. Man muß die Verlängerung des Stellungskrieges im Westen ins Auge fassen. Im Osten hat der erfolgreiche Vormarsch der Zentralmächte die Wiederaufnahme der russischen Offensive für einige Zeit hinausgeschoben. Wenn die Russen den Sommer über ihre Stellungen behaupten, so ist das alles, was man erwarten kann.

Das Urteil eines Neutralen.

Bern, 27. Juni. (R.-B.) Im „Bund“ schreibt Steegemann über die Kriegslage im Osten, die Russen scheinen anzunehmen, daß sie vorwärts von Brody noch Widerstand leisten können, sei es auch nur, um Zeit zu gewinnen, denn eine Offensive können sie jetzt unmittelbar am Feinde nicht unternehmen. Offenbar rückt Larnopol nunmehr in den Vordergrund. In Besprechung der Lage des italienischen Krieges sagt Steegemann: Wir sehen den Feldzug schon zu Beginn den Charakter eines Stellungskrieges annehmen, für welchen die Italiener wenig geeignet sind. Einen Einfluß auf die allgemeine Kriegslage zeitigte die Intervention Italiens bisher noch nicht.

Kommentare der französischen Presse.

Genf, 27. Juni. (R.-B.) Der große Eindruck, den die Einnahme von Lemberg durch die österreichisch-ungarischen und deutschen Streitkräfte in Frankreich hervorrief, zwingt die dortige Presse, ihre Kommentare über die Einnahme von Lemberg zu ändern. Die Blätter erklären jetzt, die Räumung Lembergs durch die Russen sei ein großer moralischer Erfolg der Zentralmächte, der auch auf das Ausland einen starken Eindruck ausüben werde. Ein Teil der Presse, so auch „Matin“, „Petit Parisien“ und „Petit Journal“ glauben, daß die russische Front in Polen von der russischen Front in Ostgalizien abgeschnitten sei, und erwartet einen weiteren Rückzug der Russen auch hinter die Weichsel. Oberstleutnant Roussel, der bisher sehr optimistisch war, gibt heute in der „Liberte“ zu, daß die Armeen der Zentralmächte den Armeen der Alliierten an Ausrüstung, Ausbildung und Bewegungsfähigkeit, sowie an Ausdauer weit überlegen seien.

Der Krieg mit der Türkei.

Die Schwierigkeiten der Dardanellenaktion.

Paris, 26. Juni. (R.-B.) „Matin“ bringt einen Artikel des ehemaligen Ministers Cypri über die Dardanellen, wo es heißt, Frankreich müsse dem britischen Bundesgenossen sagen, daß der Zeitpunkt der Einnahme Konstantinopels von einer starken, zu den ganzen Kräften des Reiches im Verhältnis stehenden Anstrengung abhängt.

Geschickter Landungsversuch.

Konstantinopel, 26. Juni. (R.-B.) Privatnachrichten zufolge hat ein englisches Schiff gestern versucht, bei Ebrend nordöstlich von Mythlene Soldaten zu landen, wurde aber von der Küstenbatterie kraftvoll beschossen. Der Feind wurde mit großen Verlusten von der Landung abgehalten.

Aus Italien.

Die Äußerungen des Papstes.

Mailand, 26. Juni. Der „Corriere della Sera“ behandelt in einem Leitartikel das Interview des Papstes in der Pariser „Liberte“ und greift den Papst heftig an. Dabei ergibt es sich, daß in dem von der italienischen Telegraphenagentur verbreiteten Auszuge aus dem Interview die Italien betreffenden Äußerungen des Papstes fehlen. Nach dem „Corriere“ hat der Papst, indem er ausdrücklich erklärt, daß er allen Fremden und dem Vatikan nahestehenden Zeitungen Instruktionen im neutralen Sinne gab, Uneinigkeit und Unruhe in das italienische Volk zu tragen versucht und gezeigt, daß keinerlei Interesse für Italien in dem neutralen Gedankenkreise des Hauptes der Katholiken existiere. Der Vatikan betrug sich also, so schreibt der „Corriere della Sera“ wörtlich, wie eine fremde Macht, in gewissem Sinne wie eine feindliche. Weiterhin polemisiert das Blatt gegen die Klage des Papstes über Verletzung des Briefgeheimnisses durch die italienische Zensur. Diese habe nämlich Briefe an die päpstliche Botschaft geöffnet. Um die Schwere des Vorwurfes im Sinne vatikanischen Empfindens ermessen zu können, muß man bedenken, daß die an die Botschaft gerichteten Schreiben stets Beichtgeheimnisse, vor allem aber geheime Dispense betreffen. Die Öffnung dieser Briefe durch Profane erscheint geeignet, das Vertrauen der Gläubigen zur katholischen Bischofskurie im höchsten Maße zu gefährden. Schließlich sprach der Papst Besorgungen wegen der Lage in Rom aus, das stets ein brodelnder Hegenkessel sei. Er nannte das italienische Volk das weiterwüchsigste der Erde (il piu mobile popolo della terra), von dem man nicht wisse, wie es sich bei einem Siege, wie bei einer Niederlage verhalten werde. Das Blatt erwartet bestimmt, daß der Papst die Äußerungen bald bementiert, sonst werde man ihn dazu zu zwingen

wollen. — Der Präsekt von Rom hat die Veröffentlichung des Interviews, auch nur auszugsweise verboten.

Die Evakuierung Sibyens.

London, 26. Juni. (R.-B.) „Morningpost“ veröffentlicht folgende offizielle Meldung aus Rom vom 24. d. M.: Die notwendig gewordene Evakuierung des sibirischen Hinterlandes ist unter Schwierigkeiten und teilweise unter schweren Verlusten durchgeführt worden. Durch Intrigen der Senussi sind sogar sehr wichtige Zentren bedroht.

Aus Frankreich.

Der Antrag Dalbiez angenommen.

Paris, 26. Juni. (R.-B.) (Meldung der Agence Havas.) Die Kammer nahm einstimmig den bekannten Gesetzesentwurf Dalbiez an.

Der Gesetzesentwurf Dalbiez hat nach der Uebereinkunft zwischen der Heeresreform und dem Kriegsminister die folgenden wesentlichen Aenderungen erhalten: Artikel eins bestimmt, daß alle Mannschaften einzuziehen sind, die ermächtigt waren, sich nicht sofort bei ihrem Korps zu stellen, sowie die Mannschaften, denen infolge ihrer Tätigkeit in öffentlichen Verwaltungen eine Einberufungsfrist gewährt war, vorausgesetzt, daß deren Einberufung den Gang des Dienstes nicht stört. Artikel sechs bestimmt: In jedem Gebiete sollen eine oder mehrere Kommissionen aus Arbeitern und Arbeitgebern eingesetzt werden, deren Aufgabe es ist, das Kriegsmilitär über die Sachfähigkeiten der Männer zu unterrichten, die in den für den Heeresbedarf arbeitenden Fabriken und Werkstätten beschäftigt werden. Artikel sieben sieht die Bestrafung der Drückeberger mit zwei bis fünf Jahren Gefängnis und mit Geldstrafen von 500 bis 5000 Franken vor. Die gleiche Strafe trifft jede Militär- und Zivilperson, die einen Drückeberger wissenschaftlich unterstützt. Die Strafen sind erst nach Einstellung der Feindseligkeiten vollstreckbar.

Aus Rußland.

Ministerrat im russischen Hauptquartier.

Petersburg, 28. Juni. (R.-B.) Im Hauptquartier fand unter dem Voritze des Zaren und im Beisein des Generalissimus, des Ministerpräsidenten und mehrerer Minister ein Ministerrat statt.

Der russische Minister des Innern und die Presse.

Kopenhagen, 27. Juni. (R.-B.) „Berlingske Tidende“ meldet aus Petersburg: Der neue Minister des Innern Schtscherbatow berief eine Versammlung von Zeitungsleitern ein und erklärte, daß er eine große Sympathie für den Gedanken einer Konferenz zwischen den Ministern des Innern und des Krieges, sowie den Presseleitern nähre. Er bezeichnete sich selbst als der Duma sehr wohl gesinnt und erklärte, daß diese in nächster Zukunft wieder einberufen würde.

Aus England.

Die Lebensmittelversorgung Englands.

Stockholm, 27. Juni. (R.-B.) Nach einer Meldung des „Aftonbladet“ aus Malmö ist das dortige Bureau der Ders-Sund-Gesellschaft angewiesen worden, vorläufig auf eine Woche keine schwedischen Lebensmittel zur Verführung nach England via Kopenhagen anzunehmen. Anlaß hiezu gibt, wie verlautet, der Umstand, daß ein deutsches Unterseeboot den norwegischen Dampfer „Venus“ auf einer Reise von Bergen nach England zwang, seine Lebensmittelladung über Vord zu werfen.

Im Zeichen der allgemeinen Wehrpflicht.

London, 26. Juni. (R.-B.) (Meldung des Reutersbureau.) Nach einer Mitteilung der „Daily Mail“ hat die Regierung beschlossen, Fragebogen auszugeben, auf denen alle männlichen Personen ihr Lebensalter, die ständige Adresse, Beruf, Stand, sowie etwaige körperliche Gebrechen eintragen sollen. Die Liste enthält ferner die Frage, ob der Betreffende geneigt sei, Kriegsdienste zu nehmen oder während des Krieges andere Kriegsarbeiten zu verrichten.

Englische Marineforderungen.

London, 26. Juni. (R.-B.) (Reutersmeldung.) Ein Marinenauchtragsetat fordert noch 50.000 Offiziere und Mannschaften für das am 31. März 1916 endigende Etatsjahr. Im letzten Marinebudget waren Ausgaben für 250.000 Mann vorgesehen.

Das Zinkerg.

London, 27. Juni. (R.-B.) Die „Times“ schreiben, daß kein Mangel an Zinkerg herrscht, wohl aber seien die englischen Schmelzereien außerstande, das Metall zu verarbeiten. Der Preis stieg von 22 auf 115 Pfund Sterling.

Die Bergarbeiterbewegung.

London, 26. Juni. (R.-B.) Lloyd George hatte eine neue Unterredung mit dem ausführenden Ausschuß der Bergarbeiter, die wiederum das obligatorische

Schiedsgericht ablehnten. Die Konferenz verlagte sich. Der Präsident des Bergarbeiterverbandes erklärte, die Lage sei ebenso ernst, wie diejenige, die im Jahre 1912 durch die Forderung nach Mindestlöhnen hervorgerufen worden war. Die Bergleute hätten während des Krieges ihre Pflicht getan und seien erstaunt, daß sie unter eine neue Bill gebracht werden sollten.

Aus Rumänien.

Tod eines ehemaligen konservativen Ministers in Rumänien.

Bukarest, 27. Juni. (R.-B.) (Meldung der Agence Telegraphique Roumaine.) Der ehemalige konservative Minister Johann Lahovari ist heute vormittags plötzlich gestorben.

Johann Lahovari war jüngst an Stelle Marghilomans zum Präsidenten der konservativen Partei gewählt worden. Der Dreiverband betrachtete den Sturz Marghilomans, der ein Anhänger Carps ist, als einen Sieg der Intervention. Die politische Richtung, die Lahovari zu verfolgen beabsichtigte, kam in der kurzen Zeit seiner Präsidentschaft nicht zum Ausdruck.

Ernturlaub in Rumänien.

Bukarest, 27. Juni. Am Mittwoch fand ein rumänischer Ministerrat statt, wobei Ministerpräsident Bratianu erklärte, daß die Regierung jede Bewegung, die auf die Straße übergreife, verhindern werde. Er verwies bei Erläuterung der russischen Note darauf, daß die Verhandlungen noch lange Zeit erfordern würden, und eben darum beantragte er, einen Teil des Heeres abzurufen und den Soldaten längeren Urlaub zu gewähren. Der Ministerrat stimmte dem Antrag zu. Der wahre Grund dieser zeitweisen Entlassungen, die etwa 100.000 Mann betragen, ist natürlich die Notwendigkeit der Einbringung der Ernte.

Für den Stand der russisch-rumänischen Beziehungen ist es übrigens charakteristisch, daß die Wut der Russen gegen einen Hitzegrad erreicht hat, der nicht mehr überboten werden kann. So überschreibt Take Ionescu im „Adevatul“ seinen Leitartikel gegen Bratianu mit dem Wort „Verbrecher“ und hebt ganz unverfroren an Strafe gegen die Regierung auf.

Aus Griechenland.

Die englische Militärmission verläßt Griechenland.

Köln, 26. Juni. (R.-B.) Wie die „Köln. Zig.“ aus Athen meldet, wird die seit Jahren in Griechenland tätige englische Militärmission Mitte Juli d. J. mit Ablauf des Vertrages, zurückkehren.

Die Venizelospartei verliert Anhänger.

Athen, 26. Juni. (R.-B.) Die Venizelospartei wird dadurch geschwächt, daß die Partei des früheren Ministers Kallis zur Regierungspartei übertritt. Kallis scheidet der Venizelospartei seine Unterstützung nur dann zu, als Venizelos dem politischen Leben dauernd fern bleibt. Da Venizelos jedoch beabsichtigt, sich wieder politisch zu betätigen, zog Kallis hieraus die Folgerungen.

Aus Deutschland.

Die Sozialdemokratie und der Frieden.

Berlin, 26. Juni. (R.-B.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt in ihrem politischen Tagesberichte: Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands veröffentlicht unter der Ueberschrift: „Sozialdemokratie und Frieden“ eine Rundgebung, worin dargelegt wird, wie die deutsche Sozialdemokratie im Kampfe um die nationale Unabhängigkeit und Selbstständigkeit Deutschlands ihre Pflicht getan habe und wie ihre friedlichen Bemühungen von den Sozialdemokraten der feindlichen Länder ausgenommen worden sind, und als Tatsache festgesetzt wird, daß die großen Massen der im internationalen sozialistischen Bureau eingeschlossenen Sozialisten Englands und Frankreichs ihre Organisationen und Leistungen mit ihren Regierungen den Krieg fortführen wollen, bis zur völligen Niederwerfung Deutschlands. Trotz dieser Feststellung fordert der sozialdemokratische Parteivorstand unter Kennzeichnung seiner eigenen Kriegsziele und gestützt auf die durch die Tapferkeit unserer Volksgenossen geschaffene günstige Kriegslage die Regierung auf, ihre Verlethlichkeit kundzutun, in Friedensverhandlungen einzutreten, um dem blutigen Ringen ein Ende zu machen. Der „Vorwärts“ wurde wegen dieser Rundgebung mit Rücksicht auf die noch für die Erörterung der Kriegsziele bestehenden Zensurvorschriften verboten. Sie ist im hohen Maße zu bedauern, weil dieser Versuch, den Entschlüssen der Regierung vorzugreifen, im Auslande einen wahrscheinlich auch der Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie höchst unerwünschten Eindruck machen wird. Nach bewährtem Muster wird das Manifest des allgemeinen Friedenswunsches als Beweis einer in Deutschland tatsächlich nicht bestehenden Kriegsmüdigkeit ausgenutzt werden. Das Manifest ist somit geeignet, die Hoffnungen unserer Feinde erneut zu beleben. Sobald der Fortgang der militärischen Ereignisse und die politische Lage die Aussicht auf erfolgreiche Friedensermüdigungen geben wird, wird die Regierung von selbst das Ihrige tun. Bis



